Berliner Polizeihistoriker

aktuell informativ historisch

Informationen für Mitglieder und Freunde des Förderkreises Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V.

BERLINER POLIZEIGEBÄUDE

Ehemaliges Polizeipräsidium Rixdorf, Baujahr 1902, heute Abschnitt 54, Sonnenallee 107
Foto: Bernd Maaß

Nr. 75
März 2022

Liebe Mitglieder und Freunde des Förderkreises Polizeihistorische Sammlung Berlin e. V.,

das neue Jahr ist noch jung und alle guten Vorsätze sind frisch im Gedächtnis!

Der Vorstand kann, nach Erledigung etlicher formaler Tätigkeiten, sich nun langsam um die Verwirklichung weiterer Ziele kümmern. Ein vor langer Zeit initiierter Vorschlag konnte noch im alten Jahr umgesetzt werden. Es war der Wunsch und die Notwendigkeit entstanden, zur Absicherung der ehrenamtlichen Mitarbeiter, einen Vertrag mit der Polizeibehörde abzuschließen. Hartmut Pech, der vielen bekannt sein dürfte, hatte die Ziele und Notwendigkeiten vor mehreren Jahren schriftlich fixiert und an die Behördenleitung adressiert. Leider ist zu viel Zeit vergangen. Der neue Vorstand hat sich dem Thema von Beginn an erneut angenommen und konnte nach Gesprächen mit der Präsidentin, Dr. Slowik, und der Leiterin der Polizeiakademie, Tanja Knapp, erreichen, dass der Vorgang nunmehr positiv abgeschlossen werden konnte. Jeder ehrenamtliche Mitarbeiter (und eine Mitarbeiterin) erhielten einen Vertrag, in dem die Rechte und Pflichten eindeutig definiert sind und insbesondere die Haftungsfrage zur Zufriedenheit aller geregelt wurde. Alle, die den Vertrag bekamen, wurden zur Unterzeichnung und Übergabe von Frau Knapp eingeladen. Wir freuen uns über diesen Erfolg und möchten uns an dieser Stelle bei Hartmut Pech für sein Engagement und Frau Knapp für Ihr Durchsetzungsvermögen bedanken.

Der weitere Erhalt der Polizeihistorischen Sammlung ist für uns, insbesondere auch nach dem Artikel in der Berliner Morgenpost vom 27. Dezember 2021, ein Schwerpunkt unserer Arbeit. In dem Artikel wird klargestellt: „Das Polizeipräsidium ist ein Sanierungsfall; die Reparaturen würden insgesamt 36 Jahre dauern. Allein für die Sanierung des Präsidiums müssten 280 Millionen € investiert werden.“ Das betrifft auch die Räume der

Sammlung im Präsidium, insbesondere die vielen Kellerräume, in denen historisches Material lagert. Weiterhin muss eine dauerhafte Lösung für die historischen Fahrzeuge, die auf dem Gelände der Direktion 4 (Lankwitz) untergestellt sind, gefunden werden. Aufgrund des geplanten Neubaus der Einsatzleitzentrale, neben den jetzt zur Verfügung stehenden Garagen, wird auch dieser Standort mittelfristig verlagert werden müssen.
Außer den bereits geführten Gesprächen mit der Polizeipräsidentin, der Leiterin der PA und dem Leiter der Dir 4 hat der Unterzeichner am 27. Januar ein Gespräch mit dem Leiter der Dir ZS, Herrn Kothe, geführt. Grundsätzlich, wie auch in den anderen Gesprächen, bestand Einigkeit, eine zufriedenstellende Lösung zu finden. Für Ende Februar sind detaillierte und weiterführende Gespräche geplant.
Abschließend möchte ich auf unsere Zeitschrift, den „Historiker", selbst eingehen. Immer wieder erreichen uns zustimmende, lobende und auch kritische Stimmen. Hierzu möchte ich feststellen, dass wegen des kleinen Teams der ehrenamtlichen Verfasser von Artikeln der Redaktion in den seltensten Fällen ein großes Angebot von Beiträgen vorliegt, aus denen ausgewählt werden kann. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Tatsache, dass nicht immer ein ausgewogenes Verhältnis von Themen und Verfassern möglich ist. Auch kann und wird es uns nicht gelingen, jeden Geschmack zu bedienen, es sei denn, dass uns mehr Zuschriften erreichen.
Was wir uns wünschen, sind mehr Artikel zu historischen Polizeithemen!
Was wir uns wünschen, sind auch Leserbriefe, die den Historiker lebendiger werden lassen!
Wir freuen uns über jeden Artikel und jeden Leserbrief.
In diesem Sinn viel Spaß beim Lesen!

Uwe Hundt

Bitte vormerken:
VEREINSTERMINE 2022:
Donnerstag, den 19.05.2022, 16:00 Uhr
Mitgliederversammlung

Donnerstag, den 28.07.2022, 16:00 Uhr
Sommerfest in Lankwitz

Klaus Hübners Vermächtnis

Im Sommer letzten Jahres nahm Waltraut Hübner, die Witwe des am 30. Januar 2021 verstorbenen ehemaligen Polizeipräsidenten Klaus Hübner, mit uns Kontakt auf. Sie wollte den Nachlass ihres Mannes der Polizeihistorischen Sammlung übereignen. Bernd Maaß sattelte schließlich das Fahrzeug und brachte den Nachlass aus Platzgründen zunächst in Lankwitz unter. Er besteht aus Orden, Medaillen, Anstecknadeln, Urkunden und Auszeichnungen, Briefen und diversem Schriftwechsel, Pressedokumentationen, Fotoalben, Vortragsdokumentationen, Büchern (darunter viele mit Widmung) und dokumentierten Fachbeiträgen in Zeitschriften. Ein ganzes Leben, von der Geburtsurkunde beginnend bis zu seinem Schaffenshöhepunkt, umfasst dieser persönliche Nachlass. Wir werden ihn sorgsam bewahren und so aufarbeiten, dass er für die externe Nutzung zur Verfügung steht. Aus Anlass seines ersten Todesjahres haben wir in der Polizeihistori-

Waltraut Hübner vor der neu eingerichteten Vitrine. Foto: Jens Dobler

schen Sammlung am Platz der Luftbrücke eine Vitrine für Klaus Hübner eingerichtet. Am 4. Februar 2022 wurde sie in Anwesenheit von Frau Hübner (coronabedingt im kleinen Kreis) präsentiert. Anlässlich dieses Ereignisses fand auch die festliche Unterzeichnung der Übereignung des Nachlasses an die Polizei Berlin statt. Bei Kaffee und Kuchen erzählte Waltraut Hübner anschließend manch´ Anekdote aus dem dienstlichen Leben ihres Mannes, aber auch über die Zeit der Krankheit und des Abschieds im letzten Jahr. Die Polizeihistorische Sammlung wird das Vermächtnis Klaus Hübners im Gedenken an seine besonderen Leistungen stets in Ehren halten.

Jens Dobler

Der Zorn der Berliner

Am 16. August 1869 kam es im Berliner Stadtteil Moabit zu gewalttätigen Demonstrationen rund um das Dominikanerkloster in der Oldenburger Str. 46 (heutige Anschrift) mit dem Ziel, die katholischen Mönche zu vertreiben.

Hintergrund

Mit der Reformation verdrängte in Preußen der evangelische den katholischen Glauben. Im Jahr 1848 trafen sich deshalb in Würzburg die Bischöfe der deutschen Diözesen und beschlossen, den Glauben der deutschen Katholiken zu stärken. Im Rahmen einer Volksmission bereisten danach überwiegend Ordensmitglieder der Jesuiten, Franziskaner und Kapuziner in kleinen Gruppen von je drei Mönchen die deutschen Staaten und hielten bis 1872 über 4.000 Missionsveranstaltungen ab. In der Reaktionszeit nach der Revolution 1848/1849 wurde diese Bewegung von der Bevölkerung als antiliberal, konterrevolutionär und gegen die Aufklärung gerichtet angesehen, die nur der katholischen Kirche und den deutschen Fürsten zum Machterhalt diene. Der preußische Staat sah hier einen größer werdenden Einfluss der Jesuiten, denen eine antipreußische Haltung unterstellt wurde.

Gegen diese Missionierung entstand eine preußische Gegenbewegung. Dieses führte zu einem grossen Gegensatz zwischen beiden Religionen. Der protestantischen Kir-

che gelang es, den Einfluss der Katholiken in der Politik und der Öffentlichkeit zurück zu drängen und wurde dabei von der Presse unterstützt. Nach der Thronbesteigung von Wilhelm I. im Jahr 1857 richteten die liberalen Kräfte erneut scharfe Angriffe gegen den Katholizismus, den sie als fortschrittsfeindlich bekämpften.

Noch in den 1860er Jahren ermöglichten jedoch auch protestantische Fabrikbesitzer ihren Arbeitern eine Teilnahme an diesen Veranstaltungen, bei denen die Mönche gegen Alkoholmissbrauch und sexuelle Freizügigkeit und für ein moralisch einwandfreies Leben predigten. Die Volksmission wurde erst 1872 durch Regelungen zur Beendigung des Kulturkampfes zwischen dem Deutschen Kaiserreich und der katholischen Kirche beendet.

Der Moabiter Klostersturm 1869

1868 wurde in einem alten Kesselhaus an der Moabiter Turmstraße ein Dominikanerkloster gegründet und am 28. September 1868 der

Ehemaliges Dominkanerkloster, heute St. Pauluskirche, Oldenburger Str. 46. Foto: Wolfgang Lebe

Hirsch-Dunckersche Ortsverein der Moabiter Porzellanarbeiter, dem mit großer Wahrscheinlichkeit auch Mitarbeiter der KPM angehörten. Dieser Verein war sehr liberal und stand in Konkurrenz zu den freien sozialistischen und den christlichen Gewerkschaften.

1869 wurde in der Turmstraße 58 (heute 44) ein katholisches Waisenhaus errichtet und am 4. August 1869 eine katholische Kapelle eingeweiht. Diese Kapelle befand sich auf dem heutigen Standort der Kirche St. Paulus (heute Oldenburger Str. 46). Vier Franziskanermönche sollten für das Waisenhaus und Dominikanermönche, die schon längere Zeit hier als Militärseelsorger tätig waren, für die Seelsorge zuständig sein.
Die Bevölkerung glaubte, dass in einem Berliner Arbeiterviertel ein Kloster errichtet wurde und fasste dieses als eine Provokation auf. Sie wurde dabei auch von der Vossischen Zeitung, dem Kladderadatsch und der Satirezeitung Berliner Wespen unterstützt. Diese verbreiteten, dass die Mönche dort betteln gehen, wo Arbeiter leben und Fortschritt herrscht. Dies führte dazu, dass Moabit zu einem Ausflugsort für Berliner wurde, welche die Mönche auf unterschiedliche Art belästigten.

Die gewachsene antikatholische Stimmung in Teilen der Bevölkerung war im August derart aufgeheizt, dass am 8. August etwa 20 Personen die Mönche gewaltsam von dem Gelände vertrieben. Nach einer Woche sammelten sich 3.000 bis 4.000 Menschen wieder in der Turmstraße und warfen zunächst mit Steinen und Exkrementen. In den Abendstunden riss die mit Äxten und Brecheisen bewaffnete Menge den Zaun nieder, stürmte auf den Hof und warf alle Fensterscheiben der Kapelle mit Steinen ein, während die Mönche fliehen konnten. Die Schutzpolizei versuchte zunächst, die Menschen zurück zu drängen, konnte die öffentliche Ordnung aber erst durch Einsatz ihrer Säbel wieder herstellen. Dabei wurden 30 Menschen verletzt, zwei starben an ihren Verletzungen und viele wurden festgenommen.

Um neuen Krawallen vorzubeugen, wurde das Gebäude ab dem nächsten Tag von zwölf Wachtmeistern bewacht und 80 berittene Polizisten

sicherten zusammen mit ihnen zehn Wochen lang die Umgebung. Der Berliner Polizeipräsident Lothar von Wurmb hatte es versäumt, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, dass es sich bei der katholischen Liegenschaft nicht um ein Kloster, sondern um ein Waisenhaus mit einer Kapelle gehandelt hat. Ein Gericht verurteilte die Stadt Berlin zu einer Entschädigung von 425 Goldmark an die zuständige Diözese Breslau, weil die Stadt nicht für eine angemessene Sicherheit gesorgt hatte.

Der Vorfall wurde als „Moabiter Klostersturm“ bekannt und erinnert an ein ähnliches Ereignis in den Jahren 1324 und 1325.

Wolfgang Lebe

Weihnachtsfeier 2021

Am 15. Dezember 2021 fand in den Räumen der Lankwitzer Technikausstellung unsere diesjährige Weihnachtsfeier statt. Unter Einhaltung der 2 G-Regeln trafen sich dort, anders als in den Vorjahren, erstmalig alle ehrenamtlichen Mitarbeiter von beiden Standorten der Polizeihistorischen Sammlung gemeinsam mit dem Vorstand des Förderkreises Polizeihistorische Sammlung Berlin e. V.

Unsere Technikfreunde aus Lankwitz hatten die Garagen liebevoll eingerichtet und weihnachtlich gestaltet. In der Mitte glänzte ein Weihnachtsbaum. Die Tische waren festlich geschmückt. Es gab Kaffee und Kuchen sowie Plätzchen und Weihnachtsstolle. Das alles trug zu einer wohltuenden weihnachtlichen Atmosphäre bei.

LtdKD Tanja Knapp mit Hartmut Moldenhauer. Foto: PA

Ehrenamtler aus Lankwitz. Foto: PA

Zu Gast waren die Leiterin der Polizeiakademie, LtdKD Tanja Knapp, und der zuständige Vorgesetzte der Polizeihistorischen Sammlung, PHK Christian Klann, Leiter des Fachbereichs I 4 (Politische Bildung). Nach der Eröffnung und Begrüßung wurde schnell klar, dass es noch einen zweiten Anlass für diese Zusammenkunft kurz vor dem Jahresende gab. Nach langwierigen Verhandlungsrunden war

Weitere Teilnehmer der Weihnachtsfeier. Foto: PA

es endlich gelungen, für die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Polizeihistorischen Sammlung einen passenden Abeitsvertrag zu formulieren, der allen Beteiligten mehr Rechtssicherheit bietet. Lange Zeit mussten die Ehrenamtlichen darauf warten. Doch nun war es so weit. Ihre Rechte und Pflichten waren in einem Vertrag mit der Behörde verbindlich festgehalten worden, der an diesem Abend zur Unterschrift vorlag. Mit Freude und Stolz nahm jeder Einzelne das Dokument aus den Händen von Tanja Knapp entgegen und erhielt dazu noch ein Erinnerungsfoto von diesem denkwürdigen Moment.

Urkundenübergabe an Manfred Gehrke. Foto: PA

PhS-Vorstandsmitglieder und Ehrenamtler. Foto: PA

In vielen Einzelgesprächen wurden Erinnerungen ausgetauscht und neue Pläne geschmiedet. Jeder war und ist sich seiner besonderen Verantwortung für die polizeihistorische Arbeit bewusst. Das war den zahlreichen Gedankenaustauschen zu entnehmen. Jeder Ehrenamtliche am Platz der Luftbrücke bzw. in der

Bernd Maaß bei der Vertragsunterzeichnung. Foto: PA

Ansprache von Uwe Hundt: Jens Dobler, Tanja Knapp und Christian Klann. Foto: PA

Lankwitzer Zweigstelle hat eine persönliche Mitverantwortung für das Gelingen unserer Erinnerungsarbeit. Auf jeden Einzelnen kommt es dabei an. Repräsentiert er doch durch seinen Beitrag unsere gemeinsamen Ziele und unser historisches Erbe.

Dieser festliche Abend hat dazu beigetragen, das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Mitarbeiter zu vertiefen und auf die neuen Aufgaben der nächsten Jahre einzustellen.

Jens Dobler

Ingo Grupp erhält seinen Arbeitsvertrag. Foto: PA

Das Kriminalistische Institut (KI) der DVP

Vor rund 70 Jahren, am 29. April 1952, wurde das „Kriminaltechnische Institut (KTI) der Deutschen Volkspolizei“ in Berlin gegründet, dass später in „Kriminalistisches Institut (KI) der DVP“ umbenannt wurde. Zum Institut gehörten in wechselnder Stärke bis zu 150 Mitarbeiter.

Nach Abschaffung der bis dahin in der früheren DDR bestehenden Bundesländer und der Bildung von 15 Bezirken wurde es 1952 notwendig, die Zersplitterung der kriminaltechnischen Untersuchungsmöglichkeiten zu beseitigen und in Berlin zu konzentrieren. Dazu wurde der Leiter der Hauptabteilung K vom damaligen Chef der Deutschen Volkspolizei, Karl Maron, mit Befehl Nr. 30/52 beauftragt, „ein Kriminaltechnisches Institut in Berlin einzurichten“.

Das im April 1952 gegründete KTI nahm am 15. Juni 1952 seine Dienstgeschäfte im Gebäudekomplex des Präsidiums der Volkspolizei am Alexanderplatz auf. Lange Jahre war dort der Hauptsitz des KI. Später wurde es auf verschiedene Standorte verteilt. Ab 1957 begann außerdem die Dezentralisierung der Sachver-

Ehemaliges Gästehaus des MdI in Johannisthal. Foto: H.-J. Gräfe

ständigenarbeit in alle DDR-Bezirke, um das Institut zu entlasten.

Ab 1965 wurde verstärkt darauf gedrungen, dass die kriminaltechnische Arbeit eine Aufgabe der gesamten Polizei ist und nicht nur Spezialisten überlassen werden darf. Daher wurden ab diesem Zeitpunkt auch Abschnittsbevollmächtigte (ABV) in die einfache Spurensicherung einbezogen. 1982 wurde der Wissenschaftliche Rat des KI gegründet, um die Zusammenarbeit mit der Akademie der Wissenschaften der DDR zu verbessern.

1983 erfolgte der Umzug von Teilen des KI, wie z. B. der Information, Dokumentation/ Planung und dem Berichtswesen, nach Berlin-Biesdorf, Kornmandelweg 33, zur Zentralstelle für Kriminalistische Registrierung (ZSKR).
Danach wurden Schritt für Schritt alle anderen Fachrichtungen des KI bis 1989 in das ehemalige Gästehaus des Ministeriums des Innern (MdI-Gästehaus) am Großberliner Damm 59 in Berlin-Johannisthal konzentriert, wofür zum Teil erhebliche bauliche Veränderungen erforderlich waren. In seiner Blütezeit kurz vor dem Ende der DDR standen dort dem KI im Haus 3 und 4 exakt 109 Arbeits- und Diensträume mit 77 Laboren zur Verfügung, deren Inhalt damals einem Gesamtwert von ca. 15 Mio. D-Mark entsprach.

Das KI war von Anfang an als wissenschaftliches Zentrum der Kriminalpolizei der DDR gedacht, das für die Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität von großer Bedeutung war. Durch die dort erfolgte Forschung und zielgerichtete Unterstützung der kriminalpolizeilichen Praxis wurden nach und nach neue Grundsätze der Kriminaltechnik und Kriminaltaktik ausgearbeitet und verfeinert sowie die Methodik der Untersuchung einzelner Deliktarten weiterentwickelt.

Zu diesem Zweck arbeiteten das KI und die Sektion Kriminalistik der Humboldt-Universität zu Berlin eng zusammen. Beide waren Expertiseneinrichtungen, die den Auftrag hatten, Gutachten auf einem oder mehreren spezifischen Gebieten zu erarbeiten, die vor den Gerichten als Beweismittel bestehen konnten. Das KI war dabei in Verbindung mit den Dezernaten IV der Bezirksdienststellen der

Gruppenbild von der Weihnachtsfeier

Oliver

Volkspolizei vor allem auf den Gebieten Daktyloskopie, Trassologie, Ballistik, Schrift- und Dokumentenuntersuchung, Fotografie, Chemie und angrenzenden Disziplinen, wie Toxikologie, Mineralogie, Röntgenuntersuchungen, Biologie und Akustik tätig. Besonders eng war die Zusammenarbeit mit der Gerichtsmedizin in den DDR-Bezirken. Im Zentrum ihrer Tätigkeit standen dabei immer, die gesicherten Spuren und Gegenstände mit Hilfe wissenschaftlicher Untersuchungsmethoden auszuwerten. Das hat in den meisten Fällen dazu beigetragen, die Täter zu überführen und in ordentlichen Gerichtsverfahren zu verurteilen.

„Die hauptsächlichen Untersuchungsbereiche betrafen die Daktyloskopie, Schrift- und Dokumentenuntersuchungen, chemische und bakteriologische Untersuchungen sowie vergleichende Untersuchungen von Spuren." (S. 149)

Dazu war das KI in acht Fachrichtungen und eine Zentrale Einsatzgruppe gegliedert, um den spezifischen Anforderungen ihrer Tätigkeit jederzeit gerecht zu werden. Diese Aufgabenverteilung beruhte auf dem Statut des KI, das zuletzt in präzisierter Form vom Minister des Innern und Chef der DVP am 1. März 1985 erlassen wurde.

Darin waren fünf Hauptaufgaben für das KI verbindlich festgelegt worden, die nachfolgend gekürzt wiedergegeben werden:

1.) Erforschung und Entwicklung anwendungsbereiter Mittel, Methoden und Verfahren für die Praxis der Kriminalitätsbekämpfung;

2.) Wissenschaftliche Untersuchung und Begutachtung von Beweisgegenständen und Aufzeichnungen sowie Teilnahme von Sachverständigen bei der Aufklärung von Straftaten;

3.) Kontrolle der Sachverständigentätigkeit auf ihre Effektivität, ihren wissenschaftlichen Gehalt und die Einhaltung der strafprozessualen Normen;

4.) Aus- und Weiterbildung kriminalistischer Sachverständiger und Anleitung der Dezernate und Kommissariate IV der nachgeordneten Polizeidienststellen;

5.) Forschung im Bereich der kriminalistischen Taktik und Methodik, um wissenschaftlichen Vorlauf zu schaffen.

Für die Erfüllung dieser komplexen Aufgaben hatte das KI einen hoch-

qualifizierten Mitarbeiterbestand, der seine fachlichen Kompetenzen an Universitäten und anderen Hochschulen erworben und zu einem Großteil mit einer Promotion abgeschlossen hatte. Alle Mitarbeiter des KI waren angehalten, bei der Realisierung ihrer Aufgaben den operativen Charakter und den Praxisbezug ihres Arbeitsprozesses zu gewährleisten.

Ehemaliges Haus 4 des KI, heute Wohnhaus mit Balkonen. Foto: H.-J. Gräfe

„Mit der Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Nutzung entsprechender Ergebnisse sind viele neue Mittel, Methoden und Verfahren zur Untersuchung und Begutachtung materieller Beweismittel bzw. zur Täterermittlung durch das KI im engen Zusammenwirken mit den Sachverständigeneinrichtungen der Bezirke und wissenschaftlichen Instituten des In- und Auslandes erschlossen worden. Dies führte zur Erhöhung der Möglichkeiten der Täterermittlung und der Qualität der Beweisführung im Strafprozess der DDR." (S. 159)

Besonders nach 1970 wurden zahlreiche neue Untersuchungsmethoden entwickelt, die zur noch besseren kriminalpolizeilichen Beweisführung beitrugen. So z. B. auf den Gebieten der Gerichtsbiologie mit der Sporen- und Pollenanalyse, der Gerichtschemie mit der IR-Spektroskopie sowie der Gas- und Dünnschichtchromatographie oder der Gerichtsballistik mit der rechnergestützten Flugbahnberechnung, um nur einige Beispiele zu nennen. Durch diese Entwicklung

konnte das KI maßgeblich zu Fortschritten in der Kriminalitätsaufklärung und -bekämpfung beitragen. Dafür wurde das KI mit hohen staatlichen Auszeichnungen geehrt.

Während und nach den politischen Veränderungen in der DDR blieb das KI eine Zeit lang noch unverändert bestehen. Die Wissenschaftler wurden 1990 dem Zentralen Kriminalamt (ZKA) der DDR, dem Nachfolger der Hauptabteilung K im MdI, angegliedert. Danach wurde das KI in das Gemeinsame Landeskriminalamt (GLKA) der fünf Neuen Bundesländer (NBL) übernommen. Mit Gründung eigener Landeskriminalämter in den NBL wurden die noch bestehenden Teile des KI in Berlin-Johannisthal dem LKA Brandenburg unterstellt und blieben noch zehn Jahre dort. Seit 2007 befindet sich das KTI, wie es wieder heißt, am Hauptsitz des LKA Brandenburg in Eberswalde.
Soweit einige Experten des KI in dieser Umbruchzeit nicht von anderen Bundesländern abgeworben wurden bzw. in die Wirtschaft gegangen waren, wurden sie im LKA Brandenburg mit offenen Armen empfangen. Ihre vielfältigen Spezialkenntnisse und Erfahrungen, die sie im KI über Jahrzehnte sammeln konnten, sind generell auch für die jetzige Tätigkeit der Kriminalpolizei sehr nützlich und können in zahlreichen Publikationen nachgelesen werden.
Das ehemalige KI hat es aufgrund seiner besonderen Leistungen verdient, in ausreichendem Maße historisch gewürdigt zu werden.

Wer mehr über das KI erfahren möchte, dem sei vor allem das Buch „Die Zentrale der Kriminalpolizei im Ministerium des Innern“ empfohlen, das im Juli 2020 im Verlag Dr. Köster unter der ISBN 978-3-89574-990-2 erschienen ist. Herausgeber sind Konrad Bressem und Harald Bröer. Im Kapitel 9 hat dort Remo Kroll vom LKA Berlin, der auch Herausgeber und Autor anderer Fachbücher ist, die Arbeit der Kriminaltechnik in der DDR ausführlich beschrieben. Der vorstehende Artikel wurde auf der Grundlage der dort veröffentlichten Informationen erarbeitet. Die verwendeten Zitate stammen ebenfalls aus diesem historischen Sachbuch.

Hans-Jürgen Gräfe

Das Kriminaltechnische Institut der Polizei Berlin

LKA KTI im Gebäude des LKA in Berlin. Foto: Polizei Berlin

Das Kriminaltechnische Institut (LKA KTI) ist die Zentralstelle für die forensische Kriminalwissenschaft und -technik in der Polizei Berlin.

Im Rahmen von strafrechtlichen Ermittlungsverfahren führt LKA KTI die beantragten kriminaltechnischen Untersuchungen als Servicedienststelle für Polizeidienststellen, Staatsanwaltschaften und Gerichte des Landes Berlin sowie in Amtshilfe für andere Landes- und Bundesbehörden durch. Die Ergebnisse werden dem Antragsteller als Untersuchungsberichte oder Gutachten übermittelt und erforderlichenfalls von den Sachverständigen vor Gericht vertreten. Bei Bedarf können den Ermittlungsdienststellen innerhalb kürzester Zeit auch Fahndungshilfen in Form von Sofortanalysen („Kurzgutachten“) gegeben werden.

Als eine der ersten Kriminaltechniken in Deutschland hat sich LKA KTI im Jahr 2001 (hier im Bereich „Blutalkoholuntersuchungen“) akkreditieren lassen. Weitere Akkreditierungen bei der Deutschen Akkreditierungsstelle (DAkkS) bestehen derzeit in den Bereichen „Betäubungsmittel/ Toxikologie“, „Gefahrstoffe und Explosivstoffanalytik“, „Allgemeine Chemie“, „DNA-Analytik“, „Daktyloskopie“ sowie „Sprecher- und Audioanalyse“.

Im LKA KTI arbeiten mehr als 400 Mitarbeiter/-innen aus verschiedensten Bereichen der Natur- und Geisteswissenschaften, der Kriminal- und Schutzpolizei sowie der Verwaltung, z.B. Apotheker, Ballistiker, Biochemiker, Biologen, Chemiker, Daktyloskopen, Druckingenieure, Feuerwerker, Fotografen, Ingenieure, Kfz-Techniker, Molekularbiologen, Phonetiker, Physiker, Sprengmeister, Umweltreferenten, Waffenmeister und Werkzeugtechniker, viele darunter aufgrund besonderer und ausgewiesener Sachkunde als Sachverständige für ihr Spezialgebiet.

Die Sachverständigen haben die Aufgabe, mit ihrem fachlichen Können die am Tatort gesicherten Spuren „zum Sprechen“ zu bringen, die Ergebnisse zu dokumentieren und in Form eines Untersuchungsberichts oder Gutachtens den ermittelnden Polizeidienststellen, der Amts- und Staatsanwaltschaft und den Gerichten zur Verfügung zu stellen. In Gerichtsverhandlungen müssen sie sich den Fragen der Richter, der Amts- und Staatsanwälte sowie der Verteidiger stellen und ihre „nach bestem Wissen und Gewissen“ gefertigten Gutachten mündlich vertreten.

Notwendige Voraussetzungen für die Bewältigung der Aufgaben sind daher neben einer erstklassigen fachlichen Qualifikation sowie der Sicherheit im Umgang mit modernsten Analysegeräten auch die Befähigung zu kriminalistischem Denken, psychische Belastbarkeit und rhetorische Sicherheit.

In ihrer täglichen Arbeit werden die Sachverständigen von spezialisierten technischen Assistent(innen)en unterstützt. Mit ihnen zusammen bilden sie ein Team, für das Objektivität und Präzision grundlegende Arbeitsvoraussetzungen sind. Qua-

litätssicherungsmaßnahmen, wie die regelmäßige und erfolgreiche Teilnahme an nationalen und internationalen Ringversuchen, aber auch die Mitarbeit in nationalen Gremien und dem European Network of Forensic Science Institutes (ENFSI), gehören zum Selbstverständnis der Abteilung.

Organisatorisch ist das LKA KTI in den Bereich Forensische Entwicklungs- und Qualitätsmanagement sowie in fünf Dezernate mit fachspezifischer Ausrichtung gegliedert:

- LKA KTI FEQM – Forensisches Entwicklungs- und Qualitätsmanagement
- LKA KTI 1 – Zentrale Aufgaben
- LKA KTI 2 – Kriminaltechnischer Einsatzdienst
- LKA KTI 3 – Klassische Kriminaltechnik
- LKA KTI 4 – Naturwissenschaftliche Kriminaltechnik
- LKA KTI 5 – Erkennungsdienst

Das Kriminaltechnische Institut befindet sich am Tempelhofer Damm 12, in 12101 Berlin. Leiterin ist die Leitende Kriminaldirektorin Susanne Bauer.

René Behrendt

Quelle: berlin.de/polizei/dienststellen/landeskriminalamt/lka-kriminaltechnik/

Gabelstaplerprüfung in Lankwitz

In einer Sammlung, wie der unseren, bleibt es nicht aus, dass auch schwere oder sperrige Gegenstände transportiert werden müssen. Für diese Aufgaben sind in unserer Behörde neben Fahrzeugen auch andere Transportmittel vorhanden. Bei Bedarf können wir neben einem Lkw auch auf einen Gabelstapler zurückgreifen. Dieser wird von den Mitarbeitern der Sicherheitslogistik bedient, welche aber nicht immer zur Verfügung stehen. Durch private Kontakte hatte sich die Möglichkeit ergeben, dass am 19. und 20. November 2021 fünf Mitglieder der Technikgruppe in Lankwitz durch einen entsprechend ausgebildeten Fahrlehrer beschult werden konnten. Sein Arbeitgeber, die Fahrschule Hahn in Mosbach (Baden-Württemberg), bildet u.a. Berufskraftfahrer und Bediener von Arbeitsgeräten und -maschinen aus. Einführend stellte der Ausbilder die gesetzlichen

Übergabe der Urkunden und Befähigungsnachweise: Von links nach rechts: Bernd Baumann, Ingo Grupp, Detlef Wolff, K.-H. Godolt und Sven Grossmann. Foto: PhS

Grundlagen dar, nach denen es untersagt ist, z.B. Gabelstapler oder Krananlagen ohne Befähigungsnachweis zu bedienen. Am wichtigsten sind dabei die Grundsätze der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV). Wir haben auch erörtert, dass die Handhabung von Staplern oder Kränen ohne Befähigungsnachweis grob fahrlässig ist, was bei Schadensfällen zu Regressforderungen führen kann. Nach einer eingehenden theoretischen Unterweisung, zu der auch in Bildern und kurzen Videos Beispiele von Fehlverhaltensweisen gezeigt wurden, endete dieser Teil mit einem schriftlichen Test, den wir alle fünf ohne Probleme bestanden haben. Nach Currywurst mit Pommes folgte am Freitagnachmittag der praktische Teil der Ausbildung. Mit dem schon erwähnten Gabelstapler übten wir vor und in unserer Halle das Fahren, Rangieren und am wichtigsten das Stapeln. Nach anfänglichem Zögern wurden wir zunehmend sicherer, so dass unser Ausbilder keine Bedenken hatte, uns am nächsten Tag den Führerschein auszustellen.

Am Samstag folgte die Ausbildung am Deckenkran, der sich in Lankwitz im Haus 2, 1. OG befindet.

K.-H. Godolt am Steuer des Gabelstaplers. Foto: PhS

Theoretisch und praktisch wurden die besonderen Gefahrenpunkte beim Umgang mit schwebenden Lasten herausarbeitet. Als Ergebnis unserer Diskussion haben wir die Zusatzgewichte entfernt, die irgendwann irgendwer an der Lastgabel befestigt hatte. Jetzt kann die Lastgabel in allen Belangen bestimmungsgemäß verwendet werden. Auch für diesen Teil bekamen wir am Ende einen „Führerschein“ ausgehändigt, der uns allerdings nur zur Bedienung dieser Kranlage berechtigt.

Abschließend hat unser Ausbilder klargestellt, dass die erworbene Befähigung zur Bedienung der beiden Transportmittel jährlich nachzuweisen und auf dem jeweiligen „Schein“ zu dokumentieren ist.

Karl-Heinz Godolt

Der Lorenz-Fernschreiber

Durch die geringe Leistungsfähigkeit der damaligen alten Fernschreiber ergab sich in der Weimarer Republik der Zwang, eine Neugestaltung des Fernschreibnetzes der Berliner Polizei vorzunehmen. Mit tatkräftiger Unterstützung des Polizeiinstitutes für Technik und Verkehr in der Friesenstraße, wurde im Jahr 1927 ein sternförmiger Aufbau des neuen Leitungsnetzes für den Fernschreibverkehr in Berlin errichtet.

Lorenzfernschreiber in unserer Sammlung. Foto: Bernd Maaß

Neben der Entwicklung des Leitungsnetzes wurden auch für den Betrieb und die Bedienung eines neuen Fernschreibapparates weitergehende Forderungen gestellt. Zunächst sollten diese einfacher sein, damit die lange Ausbildungszeit, wie beim Morsebetrieb, entfallen könnte. Der Apparat musste von jedem Beamten nach kurzer Unterweisung bedient werden können. Gefordert wurde daher, dass sowohl das Senden, wie das Empfangen nicht mehr in Morseschrift, sondern in gewöhnlichem Klartext möglich sein müsste. Zweckmäßig erschien die damals schon geläufige Schreibmaschinen-Tastatur.

Zur Lösung der gestellten Aufgaben wurde in jener Zeit der Start-Stopp-Fernschreiber der Lorenz AG in Erwägung gezogen. Der

Aufbau des Leitungsnetzes, die Bedienung und die Konstruktion dieses Apparates entsprachen weitestgehend den Wünschen der potentiellen Nutzer. Es kam ihnen sehr entgegen, dass die Geräte etwa der Größe und dem Aussehen einer handelsüblichen Schreibmaschine entsprachen und vor allem mit einer adäquaten Tastatur ausgerüstet waren. Es bestand deshalb erstmalig die Möglichkeit, dass jeder Beamte nach einer kurzen Einweisung den Fernschreiber selbst bedienen konnte. Das stellte für alle Beteiligten eine große Arbeitserleichterung dar und hatte generell den Austausch von Nachrichten sicherer und erfolgreicher gemacht. Ohne größere Probleme bewährte sich danach dieses neue Nachrichtenmittel in der Praxis und hat in der Polizei über lange Zeit gute Dienste geleistet.

Der Einsatz dieses Lorenz-Fernschreibers erfolgte bis in die 1950er Jahre und war neben dem Telefonverkehr für den Informationsaustausch innerhalb der Berliner Polizei sehr bedeutsam.

Die Polizeihistorische Sammlung Berlin ist im Besitz eines derartigen Lorenz-Fernschreibers, der als Teil der historischen Telekommunikations-Sammlung in der Außenstelle Lankwitz besichtigt werden kann. Demnächst wird ein Raum im Haus 2 in Lankwitz (alte Kleiderkammer) für eine ständige Telekommunikations-Ausstellung hergerichtet, in der Nachrichtentechnik der Polizei aus dem West- und Ostteil unserer Stadt besichtigt werden kann.

Bernd Maaß

ZUVERSICHT

CORONA bremst zum vierten Mal, die Konsequenzen sind fatal.
Doch bringt es nichts, wie wild zu fluchen, bei irgendwem die Schuld zu suchen.
Denn solch` wütendes Verhalten kann die Menschen weiter spalten,
und wird in diesen wahrhaft dunklen Tagen alle weiter plagen.

Viel zu viel steht auf dem Spiel, Zerstreiten bringt nicht viel.
Nicht jeder hat die gleiche Sicht, nein, das müssen sie auch nicht.
Die Lage ist brisant, wie selten, trotz allem sollten Werte gelten,
ohne krude Vorwurfsweisen. Es hilft nicht, wenn wir uns zerreißen.

Die meisten handeln mit Bedacht, sie haben überwiegend das gemacht,
was richtig schien und nötig war, es forderte Jeden letztes Jahr.
Für alle, die es hart getroffen: Lasst uns bangen, lasst uns hoffen,
dass diese Tage schnell vergehen und wir in bess`re Zeiten sehen.

Wir alle glauben dran, dass man zusammen stark sein kann.
Wandel, Heilung, Zuversicht, wünschen wir mit dem Gedicht.

(Verfasser unbekannt)

Redewendung

Ein Herz und eine Seele

Diese Redewendung ist einigen von uns noch als Titel einer erfolgreichen deutschen Fernsehserie bekannt. Allerdings war dieser eher ironisch gemeint, denn ein Herz und eine Seele war die Familie Tetzlaff (Ekel Alfred) bei Weitem nicht. Ursprünglich stammt die Redewendung aus dem Neuen Testament. In der Apostelgeschichte 4, Vers 32, liest man: „Die Menge aber der Gläubigen war ein Herz und eine Seele; auch keiner sagte von seinen Gütern, dass sie sein wären, sondern es war ihnen alles gemein.“ Die betreffende Redewendung bezeichnet also Menschen, die sich gut verstehen und ergänzen, einmütig und fast unzertrennlich sind, eine enge Gemeinschaft also.

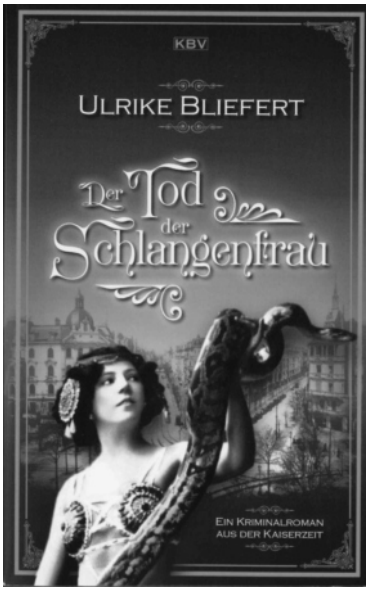
Gewinnen Sie dieses Buch!

Wie kennen Sie sich aus?
Im vorigen Heft berichteten wir über das Polizeikrankenhaus Berlin.

Frage: In welchem Jahr wurde das Polizeikrankenhaus von der Berliner Polizei übernommen?

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir das Buch:

Ulrike Bliefert:
Der Tod der Schlangenfrau – Ein Kriminalroman aus der Kaiserzeit



Einsendeschluß: **04. April 2022**
Bei mehreren richtigen Einsendungen entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder des Förderkreises mit Ausnahme der Teilnehmer der Vorstandsrunde.

Auflösung:
In der Ausgabe Nr. 74 wollten wir von Ihnen wissen:
Wann wurde die amtliche Beratungsstelle zum Schutze gegen Einbruch und Diebstahl eröffnet??
Die richtige Antwort war: Am 13. April 1921.

Der Gewinner des Buches „Des Kummers Nacht“ ist: **Stefan Weis**.
Herzlichen Glückwunsch an den Gewinner.

Wenn Sie die richtige Antwort kennen, schicken Sie diese bitte an:
Förderkreis Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V.
Platz der Luftbrücke 6, 12101 Berlin oder
als E-Mail an: **FoerderkreisPHS@polizei.berlin.de**
oder als Fax an: (030) 46 64-76 14 98

BERLINER STADTANSICHTEN

Bei archäologischen Ausgrabungen nahe dem Roten Rathaus kürzlich entdeckte hölzerne Straße. Foto: Roger Gerdesmann

Impressum: Herausgeber: Förderkreis Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V., Platz der Luftbrücke 6, 12101 Berlin-Tempelhof; Telefon (030) 46 64 761 450; verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes Uwe Hundt · Redaktionsteam Dr. Jens Dobler, Dr. Bärbel Fest, Hans-Jürgen Gräfe, Wolfram Kempe · Bernd Maaß · Grafische Gestaltung Wolfram Kempe.
»Der Berliner Polizeihistoriker« ist das offizielle Organ des Förderkreises Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V.; Eigendruck im Selbstverlag. Erscheinungsweise mehrmals im Jahr. Beiträge, die mit Namen versehen sind, müssen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten. ISSN 16198336
Der Förderkreis Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V. lebt von der ehrenamtlichen und freiwilligen Tätigkeit seiner Mitglieder sowie von Spenden und Zuwendungen. Bankverbindung für Beiträge und Spenden: Berliner Sparkasse, IBAN: DE43 1005 0000 0190 8946 01